

David gegen Goliath

Wie sich Bürgerinitiativen gegen die große Stadtzerstörung wehren können

Bürgerinitiativen sind Einübung von Eigenmacht, d. h. Realisierung der Demokratie. Bürgerinitiativen durchbrechen das Tabu der Handlungsunfähigkeit der einzelnen und lösen damit ein jahrhundert-altes obrigkeitstaatliches Untertanenverhalten langsam auf.

Bürgerinitiativen müssen Gutachten und Planungen untersuchen:

Angriffspunkte bei der Analyse von Gutachten und Planungen sind z. B.: schlechte Datenbasis, falsche Ansätze bei der Datenerhebung infolge mangelhafter *qualitativer* Problemerkennung, methodische Unzulänglichkeiten, isolierte Problemsicht, Mangel an Komplexität, spekulative Thesen, lineare Hochrechnungen, Scheinalternativen, logische Fehler, Beschreibungen von historischen d. h. veränderbaren Tatbeständen als unveränderbarer Norm, fehlende dialektische Analyse, vorgeschobene Risiken, die einen geringen Wahrscheinlichkeitsgrad haben, selbstgebastelte Sachzwänge.

Bürgerinitiativen müssen handeln lernen und eigene Aktionen entwickeln:

Mieterstreik, schwarze Fahnen, Fußgängerstaffetten an Überwegen (Amsterdam), Hausbesetzungen (Frankfurt), hektografierte Flugblätter, hektografierte Dokumentationen, Informationen an das Stadtparlament in die Postfächer im Rathaus, Ausstellungen, mobile Ausstellung in Form eines Autos mit Dachgepäckträger, Stangen, Bettüchern und Großfotos bzw. großgeschriebenen Plakaten (Bonn), Wandzeitungen — Siebdruck (Utrecht), Linoldruck — an Bauzäunen etc., transportabler Informationskiosk, Hausbesuche, Planungsberatung am Feierabend, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, Leserbrief, Unterschriftensammlungen (nutzen isoliert nichts), Sichtbarmachen von Planungsfolgen auf großen Brandmauern an Verkehrsstraßen (Bad Godesberg), Druck von Kindergeld mit Warnungen oder Sichtbarmachungen von Planungsfolgen, Aufkleber auf Autos (gegen Bonner Stadtautobahn), Laternen, Bauzäunen etc., Sichtdemonstrationen mit Handtüchern, Fahnen (Märkisches Viertel Berlin), Transparenten, deren Slogans eingängig-pointiert sein müssen, Gegen-

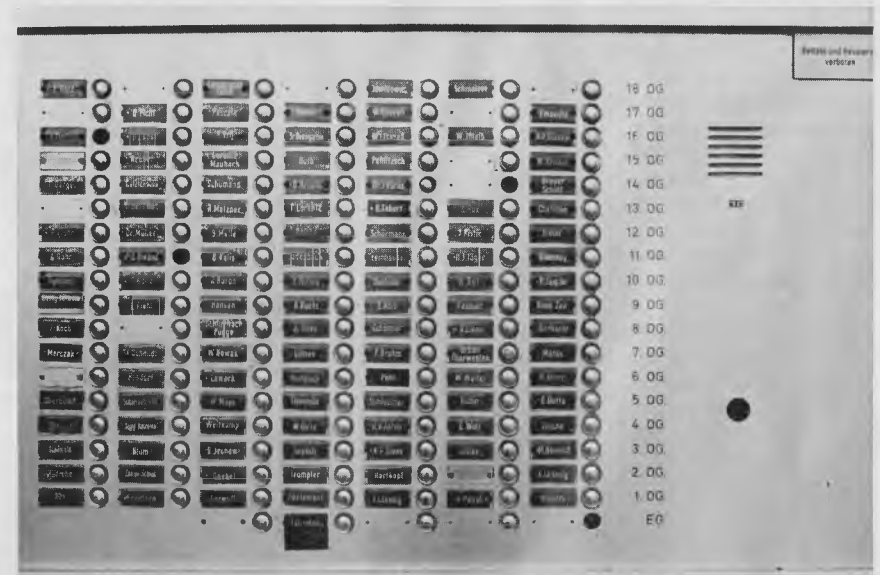
ausstellungen am Tag der offenen Tür (Bonn), Protestlieder (Veba-Aktion), Kataloge und Dokumentationen mit Foto und Tonband, abendliche Diapositiv-Projektionen auf Plätzen (Nordend Frankfurt), handgemalte Plakate mit Großfotos, Postkarten (Bonn — 1000 Stück kosten ca. 70 DM), Filmvorführungen (Märkisches Viertel Berlin), Happenings wie Mundschutz für eine Denkmalfigur (Bonn) als Protest gegen Abgasvergiftung, Särge (Kölner Norden), Umtaufe von Ämtern (Bonn: »Amt für Stadterneuerung« in »Amt für Stadtzerstörung«), Pappmodelle von Baggern oder Hochhäusern (Maxvorstadt München), Sternmärsche (Mietersternmarsch in München), Zelt-in (gegen die VEBA-Ansiedlung am Niederrhein), Sitzstreik vor dem Rathaus (Sylt), Trauerkränze um abbruchbedrohte Häuser (Hamburg-Harvestehude), Nachtwachen auf Bäumen (Stockholm), schmutzige Wäsche ans Rathaus (Protest gegen Luftverschmutzung in Port Tennant).

Bürgerinitiativen müssen den sogenannten Fortschritt ableuchten:

Der schnelle Verschleiß des Gewachsenen in unseren Städten dient nur der Vermehrung des Kapitals; er bedeutet für die Betroffenen meist in fast jeder Hinsicht eine Verminderung ihrer Lebensvielfalt und damit Verarmung. Lebensqualität und die Ziffer in der Lohnhüte stehen oft keineswegs in Abhängigkeit zueinander. Fortschritt ist nur sozialer Fortschritt — und der ist vielfältiger und nicht reduzierbar auf ein besseres Bad und eine bessere Toilette.

Bürger müssen die Gefahren erkennen, bevor es zu spät ist:

— Sie analysieren den Flächennutzungsplan. Er gibt Hinweise: Gefährdet sind besonders Wohngebiete von Unterschichten am Rand von Geschäftsbereichen.



— Sie studieren den Generalverkehrsplan. Auch er gibt Hinweise: Gebiete an verkehrsgünstigen Stellen sind besonders gefährdet.

— Auch die Planungen für das überregionale Verkehrsnetz (Autobahnen) geben Hinweise: Der Bereich Autobahnabfahrten ist gefährdet.

— Hinweise finden sich auch im Gebietsentwicklungsplan.

— Gefährdet sind Gebiete mit geringer ökonomischer Nutzung, die nahe an Geschäftsbereichen liegen.

— Bürger müssen die Grundstücksverkäufe und Neubauten beobachten.

— Sie halten Kontakte mit den einflussreichen lokalen Leitfiguren, Organisationen und Parteien.

Kaplan Danscher sagte in der Schlußkundgebung des Sternmarsches Münchner Mieter: »Solange Profit der wesentliche Antrieb des Fortschrittes, der Wettbewerb das höchste Gesetz der Wirtschaft und das absolute Recht auf Privateigentum als Grundanschauung unser Leben bestimmt, solange Reichtum mehr gilt als ein Menschenleben, solange wird es zu absurden Ungerechtigkeiten kommen. Diese Prinzipien richten sich im Grunde gegen den ganzen Menschen und gegen alle Menschen.«

Foto: Gernot Huber

Bürgerinitiativen

haben u. a. folgende Publikationen ermöglicht:
Ingeborg Schellmann: Private Profitgier am Beispiel Amalienstraße 45 in München. Dokumentation des Münchener Forums.
Manfred Sommer: Sanierung von Mietskasernen. Möglichkeiten zur Modernisierung.
Aktion München-Maxvorstadt: Plakat zur Mieterselbstverteidigung.